

muss er auch den Finger in die Wunde legen, aber pauschal sagen, dass es der Kreis nicht schaffe, die Personalkosten zu reduzieren – das ist unfair, und das ist auch kein sauberes Arbeiten.“

Mit sanfterem Ton, aber dem gleichen Unverständnis ihrer Vorredner, wandte sich Kerstin Hansen (Bündnis 90/Die Grünen) an Bruhn. „Wenn es darum geht, dass wir in Dithmarschen mehr Schulsozialarbeit benötigen, dann stimmst du dem zu. Wenn es aber darum geht, dass der Stellenplan hochgeht, dann sagst Du, dass das nicht geht. Das passt nicht.“

Auch die FDP-Fraktionsvorsitzende Veronika Kolb, die zuvor bereits zahlreiche Beschlussvorlagen, die in ihrem Wirtschaftsausschuss vorab diskutiert wurden, vorgestellt hatte, erhob sich von ihrem Platz und richtete ihren Blick auf Bruhn. „Ich finde, es ist eine absolute Ungezogenheit, wie Sie sich hierher stellen und so tun, als würden wir all diese Stellen aufbauen, damit alle in diesem Raum eine ruhige Kugel schieben können.“ Jeder wisse, dass jeder im Kreishaus bei seinem Arbeitspensum bis ans Limit gehe – besonders in den Coronazeiten. „Wie sollen Ihre Worte denn bei den Mitarbeitern ankommen? Das jagt mir den Blutdruck hoch.“

Nachdem die erste Welle über ihm zusammengesunken hatte, erteilte Kreistagspräsidentin Borwieck-



Andy Bruhn (WND) musste sich von anderen Abgeordneten im Kreistag einiges anhören. Foto: Büsing



**Oben:** Kreistagspräsidentin Ute Borwieck-Dethlefs verlässt kurzzeitig ihre neutrale Position und redet sich in Rage.

**Unten:** Den SPD-Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Halusa hielt es nach dem Redebeitrag von Andy Bruhn nicht mehr auf seinem Platz. Fotos: Dittmann



Dethlefs Bruhn erneut das Wort. „Zunächst vielen Dank für die vielen netten Worte“, sagte Bruhn, der dafür die beabsichtigten Lacher erntete. „Wir haben gesehen, wie dieses Haus diese Krise bewältigt hat. Aber Corona ist vorbei.“ In sehr vielen Bereichen herrsche mittlerweile wieder eine Normalität, sodass viele ihrer Arbeit heute wie vor der Pandemie nachgehen könnten.

Diese Aussagen bewegten nun Borwieck-Dethlefs, ihre Neutralität als Kreispräsidentin kurzzeitig aufzugeben und den WND-Abgeordneten mit einem scharfen Blick und harschen Worten zu bedenken. „Wenn Sie mir sagen, dass für Familien, die in der Jugendhilfe sind, die Coronafolgen langsam vorbei sein müssen, dann komme ich in Wallung.“ Sie kenne sich in diesem Bereich hervorragend aus, da sie in diesem Bereich tagtäglich arbeite. „Die Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes können nicht ihrer normalen Arbeit wieder nachgehen.“ Das sei unmöglich, da die Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche in der Coronazeit dermaßen zugenommen habe, dass längst nicht von einer Normalität gesprochen werden könne.

Nach den zahlreichen emotionalen Wortmeldungen kehrten die Abgeordneten zum Anliegen des Beschlussvorschlages zurück, der Haushalt wurde ohne die Stimmen der WND-Fraktion vom Kreistag beschlossen.

## NTS STELLT SICH NEU AUF – UND BENÖTIGT GELD

# Einheimische als neue Zielgruppe

Die Nordsee-Tourismus-Service GmbH stellt sich neu auf – gegen die Tourismusverdrossenheit. Dabei rücken diejenigen in den Fokus, die nicht zum Urlaub in die Region kommen.

Von Hans-Georg Gottfried Dittmann

In den vergangenen Jahren haben sich die Bedingungen für den Tourismus nicht nur in Dithmarschen, sondern in der gesamten Nordseeregion von Schleswig-Holstein maßgeblich verändert. Für Einheimische wird es zusehends schwerer, erschwinglichen Wohnraum zu ergattern. Und das Verkehrsaufkommen wird nicht nur für Pendler immer mehr eine Belastung. Das motiviert ansässige Destinationsmanagement-Organisationen wie die Nordsee-Tourismus-Service GmbH (NTS), ihre Aufgabenfelder zu überdenken und neu abzustecken.

„Die Probleme, die wir haben, sind nicht erst durch Corona entstanden, aber wir merken alle, dass die Pandemie für viele Dinge, die jetzt in einer besonderen Dramatik bei uns wirken, wie ein Katalysator gewirkt hat“, sagt NTS-Geschäftsführer Frank Ketter. Habe es in der Vergangenheit ausgereicht, sich darum zu bemühen, die Region Urlaubern bekannt und schmackhaft zu machen, müsse nun umgedacht werden. „Marketing allein hilft uns nur noch bedingt.“ Daher habe sich die Marketing-Organisation immer mehr auch als Management-Organisation verstanden. „Wie können wir die Region, die Destination, nicht nur für Touristen attraktiv machen, sondern auch für Einheimische?“

Dafür hat die NTS vier Themenfelder ausgemacht, die in den kommenden drei Jahren bestellt werden sollen:

### EINHEIMISCHE UND MITARBEITENDE ALS NEUE ANSPRUCHSGRUPPEN

Die Perspektive des Tourismus in der Region war in der Vergangenheit primär auf die Gäste ausgerichtet. Diese einseitige Sichtweise reicht gegenwärtig nicht mehr aus: Die Einheimischen ebenso wie die Mitarbeitenden rücken als erweiterte Anspruchsgruppen in den Fokus. Hinsichtlich der Mitarbeitenden

spielt der Fach- und Servicekräftemangel eine entscheidende Rolle. Der Tourismus steht in scharfer Konkurrenz zu anderen Branchen. Die Gewinnung und Bindung von Mitarbeitenden werden daher zum zentralen Erfolgsfaktor einer positiven Tourismusentwicklung.

### NEUES ROLLEN- UND AUFGABENVERSTÄNDNIS

Eine Destinationsmanagement-Organisation hatte in der Vergangenheit primär die Rolle als Vermarkter. In Zukunft ist eine Weiterentwicklung der Aufgaben und Strukturen zu einem ganzheitlichen Destinationsmanagement erforderlich. Dabei sollen das „Management des Erlebnisraums für Gäste und des Arbeits- und Lebensraums für Einheimische und Mitarbeitende“ im Vordergrund stehen.

### VERÄNDERTES GÄSTEVERHALTEN

Die Ansprüche und Verhaltensweisen der Gäste werden zunehmend individueller. Für Reisende reicht es nicht mehr aus, das Urlaubsziel zu erleben, stattdessen wollen sie in die Lebenswelt der Einheimischen vor Ort eintauchen. Touristische Regionen können dauerhaft nur dann erfolgreich sein, wenn Gäste, Einwohner und Mitarbeiter nicht neben-, sondern miteinander leben.

### NEUAUSRICHTUNG DER TOURISMUSSTRATEGIE

Im April 2022 wurde die neue Tourismusstrategie Schleswig-Holstein 2030 verabschiedet. Sie legt die zentrale Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und die gleichwertige Berücksichtigung der drei Facetten „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“. Die NTS will sich möglichst eng mit dem Land abstimmen, um mit den dadurch entstehenden Synergieeffekten doppelte Arbeit zu vermeiden und Kosten zu sparen.

Denn die geplante Umstrukturierung kostet Geld. In den kommenden drei Jahren wird die NTS nach eigenen Schätzungen 150.000 Euro zusätzlich von ihren Gesellschaftern benötigen, 15.000 Euro davon soll der Kreis Dithmarschen direkt zuschießen. Diese Summe kann sich allerdings noch erhöhen, da der Kreis an Dithmarschen Tourismus beteiligt ist. Am Verein sind insgesamt elf Gesellschafter beteiligt, neben dem Kreis zählen die Städte Heide und Brunsbüttel, die Gemeinden Büsum und Friedrichskoog sowie die sechs Ämter Dithmarschens dazu. Gemeinsam müssten sie 12.000 Euro über drei Jahre hinweg zusätzlich an die NTS entrichten.



beitskreis begleitet. Die Mitglieder kommen aus den Verwaltungen des Kreises, der Ämter und Städte sowie aus dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC), dem Verein Dithmarschen Tourismus und der Politik. Zudem trat Dithmarschen am 10. Juni 2021 als zehnter Kreis aus Schleswig-Holstein dem Verein Rad.SH bei. Die Städte Brunsbüttel, Heide und Marne sowie die Ämter Büsum-Wesselburen und Mitteldithmarschen gehören der kommunalberatenden Organisation mit Sitz in Kiel ebenfalls an. „Durch Rad.SH habe ich mich in diese Fachthematik richtig einwühlen können“, lobt Fleig die vom Verein veranstalteten Seminare und Fachtagungen.

Anfang kommenden Jahres sollen sämtliche Ergebnisse und Dokumente übergeben werden, die auch Bürger- und Jugendbefragungen zu deren Vorstellungen enthalten sollen. „An den Online-Befragungen haben sich etwa 1800 Menschen betei-

ligt“, so die Koordinatorin. Eine erste Gesprächsrunde mit Jugendlichen sei ausgefallen, da nicht genügend Teilnehmer, die sich angemeldet hatten, erschienen waren. Dieser Termin werde aber nachgeholt. Möglichst zeitnah, denn der nächste Termin steht nahezu fest. „Das Radverkehrskonzept wird 2023 in den Kreistag eingebracht, sobald der Sitzungskalender steht“, sagt Fleig.

Im Dezember 2021 gab der Kreistag 100.000 Euro für die Erstellung des Konzeptes frei. Außerdem ist geplant, einen Teil der Kosten über das Bundessonderprogramm „Stadt und Land“ zu finanzieren. Es unterstützt die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände bei dem Aufbau eines sicheren, in lückenlosen Netzen geplanten und attraktiven Radverkehrssystems. Die durchschnittliche Förderquote beträgt bis zu 75 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Hans-Georg Gottfried Dittmann



Die Büsumer Fußgängerzone in der Alleestraße ist im Sommer stets überfüllt, was zur Tourismusverdrossenheit der Einheimischen beiträgt. Foto: Dittmann